

EUROBAROMETER 74 HERBST 2010

DIE EUROPÄER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE

BERICHT

Befragung: November 2010

Veröffentlichung: Februar 2011

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert („Forschung und Verfassen von Reden“ Unit).

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 74

Herbst 2010

DIE EUROPÄER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE

Studie durchgeführt von TNS Opinion & Social im
Auftrag der Europäischen Kommission –
Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission –
Generaldirektion Kommunikation

TNS Opinion & Social
Avenue Herrmann Debroux, 40
1160 Brüssel
Belgien

INHALT

PRÄSENTATION	7
1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT BEREITS ERREICHT?.....	11
2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE	13
3. AKTEURE, DIE AM WIRKSAMSTEN GEGEN DIE KRISE VORGEHEN KÖNNEN	15
4. DIE BEDEUTUNG DES EURO FÜR DIE KRISE	17
5. EU-MASSNAHMEN, DIE AM EFFIZIENTESTEN WÄREN.....	18
5.1. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft	18
5.2. Maßnahmen gegen die Krise	21
6. REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS?	22
6.1. Zur Krisenbewältigung und Verringerung der Staatsschulden erforderliche Reformen.....	22
6.2. Welche Maßnahmen sind zur Reformierung des Wirtschafts- und Finanzsystems erforderlich?	26
6.3. Der geeignetste Akteur für die Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems	28
TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN	29

PRÄSENTATION

Im Verlauf der letzten Monate des Jahres 2010 fand sich Irland - ebenso wie Griechenland im Frühling desselben Jahres – in einer der kritischsten Situationen wieder: Das Land verzeichnete für dieses Jahr ein enormes Budgetdefizit (32% seines BIP). Um dieses Land zu unterstützen, wurde am 28. November 2010 ein Hilfsprogramm mit einem Budget von 85 Milliarden Euro, verteilt auf 10 Jahre, ins Leben gerufen.

Darüber hinaus beschlossen die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten am 16. Dezember 2010, ab 2013 den EU-Rettungsfonds EFSF (eingerrichtet am 9. Mai 2010) zu einem ständigen Hilfsinstrument zu machen. Dieser dauerhafte Hilfsfonds (europäischer Stabilitätsmechanismus, ESM) ist mit 440 Milliarden Euro ausgestattet und für jene Länder vorgesehen, die einer besonders schwerwiegenden Krise gegenüberstehen¹.

Vor diesem Hintergrund wurde diese Eurobarometer-Umfrage² im Herbst 2010 durchgeführt.

Der Gesamtbericht des Standard-Eurobarometers 74 vom Herbst 2010 setzt sich aus mehreren Teilen zusammen. Im ersten Teil werden die Ergebnisse der historischen Indikatoren des Standard-Eurobarometers analysiert. In drei weiteren Teilen wird die aktuelle Meinung der EU-Bürger zu folgenden Themen präsentiert: Finanz- und Wirtschaftskrise; Strategie Europa 2020; Information zu den europäischen politischen Fragen. Dieser vorliegende Teil befasst sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die allgemeine Analyse sowie die soziodemografischen Analysen beruhen auf den Durchschnittswerten der 27 Mitgliedstaaten. Diese Durchschnittswerte sind gewichtet, um die tatsächliche Bevölkerung jedes Mitgliedstaats widerzuspiegeln. Die für die vorhergehenden Jahre angegebenen Durchschnittswerte stellen die Ergebnisse so dar, wie sie in allen Mitgliedstaaten der Union zum Zeitpunkt ihrer damaligen Zusammensetzung ermittelt wurden.

* * *

¹ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/118572.pdf

² Diese Studie wurde Mitte November bis Anfang Dezember 2010 durchgeführt. In den technischen Spezifikationen finden sich die genauen Daten der Feldarbeit für jedes Land.

Als Methode wurde die Vorgehensweise für Eurobarometer-Umfragen der Generaldirektion Kommunikation (Referat "Forschung und Verfassung von Reden") angewendet. Im Anhang finden sich technische Hinweise zu den Befragungen, die von den Instituten des Netzwerks TNS Opinion & Social durchgeführt wurden. Darin sind außerdem die Befragungsmodalitäten sowie die Konfidenzintervalle angeführt³.

Die Website zum Eurobarometer ist unter folgender Adresse abrufbar:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

An dieser Stelle möchten wir allen in befragten Personen für die Zeit danken, die sie für diese Umfrage aufgewendet haben.

Ohne ihre aktive Beteiligung wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

³ Die Ergebnistabellen sind im Anhang zu finden. Bitte beachten Sie: Die Summe der in den Tabellen dieses Berichts enthaltenen Prozentsätze kann mehr als 100% betragen. Dies ist dadurch bedingt, dass bei manchen Fragen Mehrfachantworten möglich waren.

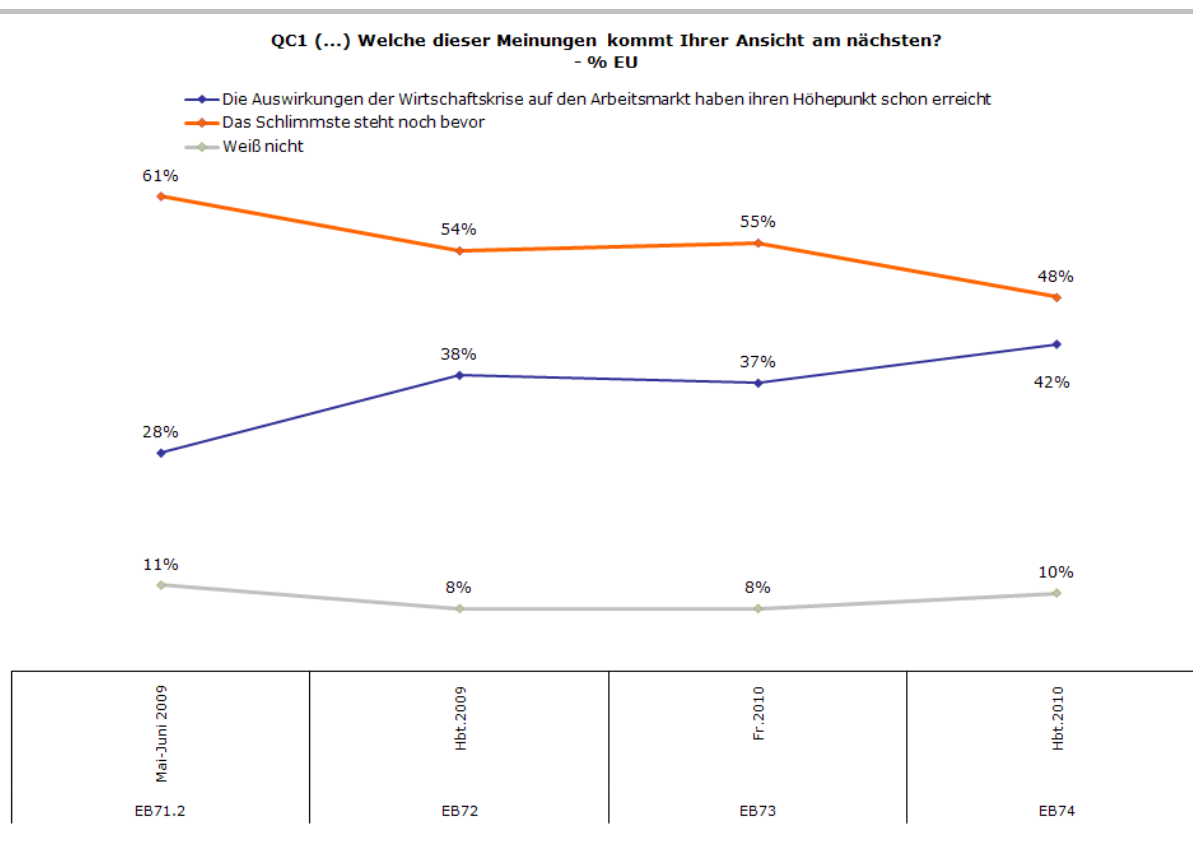
In diesem Bericht werden die Länder mit ihren offiziellen Abkürzungen angeführt. Die verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht/Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PLI	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SL	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Großbritannien

1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT BEREITS ERREICHT?





























Obwohl die relative Mehrheit der EU-Bürger weiterhin der Ansicht ist, dass das Schlimmste noch bevorsteht (48% schätzen, dass die negativen Auswirkungen der Krise noch nicht im vollen Ausmaß zu spüren sind), glauben 42%, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben. Dieses Ergebnis zeigt, dass die EU-Bürger diesbezüglich innerhalb der letzten eineinhalb Jahre (28% im Mai und Juni 2009⁴) und insbesondere in den vergangenen sechs Monaten **deutlich optimistischer** geworden sind (+5 Prozentpunkte). Dementsprechend ist der Anteil an Befragten, die sich pessimistisch äußern, gegenüber der vorhergehenden Befragung um 7 Prozentpunkte zurückgegangen.



Auffällig ist, wie unterschiedlich die Antworten in den verschiedenen EU-Ländern zu dieser Frage ausfallen. In dreizehn Ländern ist der Eindruck vorherrschend, dass „die Krise überwunden ist“, während man in dreizehn anderen Ländern meint, „das Schlimmste stehe noch bevor“. In Luxemburg halten sich Pessimisten und Optimisten diesbezüglich die Waage.

⁴ Spezial-Eurobarometer Nr. 316, Mai-Juni 2009.
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_316_fr.pdf

QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

		Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Hbt.2010 - Fr. 2010	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Hbt.2010 - Fr. 2010	Weiß nicht	Unt. Hbt.2010 - Fr. 2010
	EU27	42%	+5	48%	-7	10%	+2
	BE	51%	+15	46%	-15	3%	0
	BG	55%	+11	22%	-8	23%	-3
	CZ	52%	+6	41%	-9	7%	+3
	DK	56%	-5	39%	+4	5%	+1
	DE	55%	+24	33%	-27	12%	+3
	EE	58%	-1	37%	-1	5%	+2
	IE	21%	-14	72%	+14	7%	0
	EL	22%	0	75%	0	3%	0
	ES	35%	-2	58%	-2	7%	+4
	FR	33%	+5	57%	-8	10%	+3
	IT	43%	+3	44%	-3	13%	0
	CY	27%	+5	66%	-6	7%	+1
	LV	44%	+4	52%	-3	4%	-1
	LT	45%	+11	48%	-13	7%	+2
	LU	47%	+21	47%	-23	6%	+2
	HU	54%	-3	36%	0	10%	+3
	MT	47%	0	40%	-1	13%	+1
	NL	57%	+14	34%	-16	9%	+2
	AT	58%	+17	32%	-15	10%	-2
	PL	43%	-1	44%	+2	13%	-1
	PT	20%	-3	73%	+2	7%	+1
	RO	29%	+9	48%	-20	23%	+11
	SI	33%	-2	63%	+1	4%	+1
	SK	55%	+6	38%	-6	7%	0
	FI	52%	+4	44%	-4	4%	0
	SE	58%	-5	37%	+4	5%	+1
	UK	28%	-11	66%	+11	6%	0

Bemerkenswert ist auch, dass, im Gegensatz zu den Beobachtungen im Frühling 2010, in den Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, die Haltung derzeit pessimistischer ist (50%, +1 Prozentpunkt) als innerhalb der Eurozone (47%, -9 Prozentpunkte).

In einigen Ländern ist eine spürbar optimistischere Haltung zu beobachten, vor allem in Deutschland, Luxemburg, Österreich und Belgien, wo die Lage wesentlich positiver gesehen wird. Umgekehrt sind die Befragten in Irland und Großbritannien mittlerweile deutlich pessimistischer eingestellt.

2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE

Im Vergleich zu den vorhergehenden Umfragen, besonders im Vergleich zu jener aus dem Frühjahr 2010, sind die Ergebnisse dieser Eurobarometer-Umfrage konstant geblieben. So **glaubt mehr als ein Drittel der Befragten (34%, -1 Prozentpunkt) weiterhin, dass es aufgrund der aktuellen Situation nicht möglich sei, Pläne für die Zukunft zu schmieden** und man von Tag zu Tag leben müsse.

Jene, die wissen, was sie in den kommenden sechs Monaten tun werden, machen immer noch 32% aus (wie im Frühjahr 2010 und im Herbst 2009). Im Frühjahr 2009 waren es 29%⁵.

Jene EU-Bürger hingegen, die eine langfristige Vorstellung haben, wie ihr Haushalt in den nächsten ein bis zwei Jahren aussehen wird, stellen knapp ein Drittel der Bevölkerung (30%, +1 Prozentpunkt gegenüber dem Frühjahr 2010 und +2 Prozentpunkte gegenüber dem Herbst 2009).

Hinter dem europäischen Durchschnitt verbergen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten; vor allem abhängig vom Zeitpunkt des EU-Beitritts des jeweiligen Landes.

Der Anteil an Befragten, die erklären, dass sie von Tag zu Tag leben, ist bei den Bewohnern der Euro-Zone wesentlich geringer als in den Ländern, die nicht Teil der Euro-Zone sind (31% gegenüber 41%). Die Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2010 hatte noch ein Verhältnis von 33% zu 38% ergeben. Innerhalb der Euro-Zone wiederum planen mehr Befragte langfristig voraus als außerhalb dieser (34% gegenüber 21%).

In acht der 27 Mitgliedstaaten meint die absolute Mehrheit der Befragten, dass aufgrund ihrer aktuellen Situation keine Zukunftspläne möglich sind, weshalb sie von Tag zu Tag leben müssen. Dies ist in Bulgarien der Fall (56%), aber auch in Lettland (57%), auf Malta (56%) und in Ungarn (51%), Griechenland und Litauen (54% in beiden Ländern), in Portugal (51%) sowie in Spanien (50%). Diese Meinung teilt auch eine relative Mehrheit der Befragten in sieben weiteren Ländern: in Estland (49%), Irland (48%), Rumänien (47%), auf Zypern (45%), in Polen (42%), Großbritannien (40%) und Frankreich (36%).

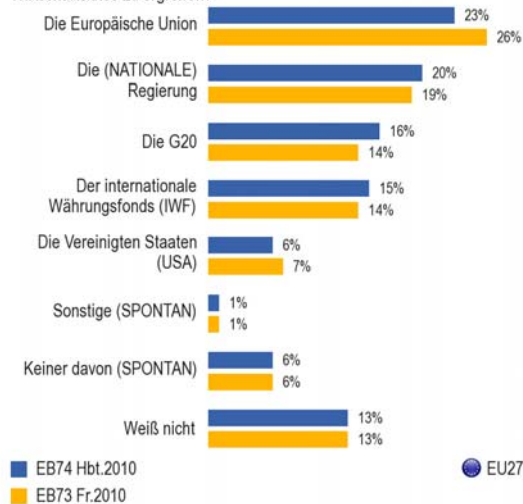
Jene Länder, in denen die Befragten, die angeben, von Tag zu Tag zu leben, deutlich zugenommen haben, sind Polen (42%, +8 Prozentpunkte), Großbritannien (40%, +6 Prozentpunkte) und Irland (48%, +5 Prozentpunkte).

⁵ QC2 Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten? Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag; Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden; Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird; Sonstiges (SPONTAN); Weiß nicht/Keine Angabe.

Unter den Befragten, die eine langfristige Vorstellung davon haben, wie ihr Haushalt in den nächsten Jahren aussehen wird (in ein bis zwei Jahren), finden sich im Wesentlichen – wie auch in den letzten zwei Eurobarometer-Umfragen – Bewohner Nordeuropas wieder: Deutschland, Niederlande, Dänemark, Finnland, Luxemburg, Österreich und Schweden. Die Bürger dieser Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Luxemburg, sind ebenfalls größtenteils optimistisch, was den Weg aus der Krise angeht. Vierzehn Mitgliedstaaten verzeichnen in Bezug auf diese Antwort eine positive Tendenz. Am deutlichsten ist dies in Deutschland zu beobachten (57%, +10 Prozentpunkte), in Belgien (37%, +6 Prozentpunkte) sowie in Litauen (15%, +6 Prozentpunkte)

3. AKTEURE, DIE AM WIRKSAMSTEN GEGEN DIE KRISE VORGEHEN KÖNNEN

QC3. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen?



Diese Frage⁶ wurde bereits bei den letzten drei Eurobarometer-Befragungen, jener im Frühjahr 2010, im Herbst 2009 und im Frühjahr 2009, gestellt. Den Befragten wurden **supranationale oder „globale“ Institutionen** (Europäische Union, G20 oder der Internationale Währungsfonds), **aber auch nationale Institutionen** (Regierungen und die Vereinigten Staaten) vorgeschlagen.

Im Vergleich zur letzten Befragung im Frühjahr 2010 ist die Reihung der Antworten dieselbe geblieben. **So traut man es der Europäischen Union immer noch am**

meisten zu, effizient gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen (23%, allerdings 3 Prozentpunkte weniger).

Was den Internationalen Währungsfonds (IWF) angeht, so scheint dieser stärker in den Vordergrund gerückt zu sein, betrachtet man den Anteil von 15%, den dieser erstmals erreicht hat (14% im Frühjahr 2009, 11% im Herbst 2009 und 14% im Frühjahr 2010).

In der Euro-Zone wird öfter die Europäische Union angeführt als außerhalb dieser (25% gegenüber 21%). Seltener als in den Mitgliedstaaten außerhalb der Euro-Zone wird hingegen die nationale Regierung angeführt (16% gegenüber 26%).

Die Europäische Union wird vor allem von den Befragten in Griechenland erwähnt (37%), wobei dieses Land seit Ende 2009 einer beispiellosen Finanzkrise gegenübersteht.

Die nationale Regierung wird am häufigsten in Großbritannien angeführt (40%).

Als effizientester Akteur hingegen wird **die G20** in der Tschechischen Republik (37%) und in den Niederlanden (35%) betrachtet.

Der IWF wiederum überzeugt diesbezüglich am stärksten in Finnland (36%, +6 Prozentpunkte) und in Irland (21%, +8 Prozentpunkte). In einem krisengeschüttelten Land dagegen, nämlich in Griechenland, hat der IWF die wenigsten Fürsprecher (7%).

⁶ QC3 Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen? (ROTIEREN); Die (NATIONALITÄT) Regierung; Die Europäische Union; Die Vereinigten Staaten (USA); Die G20; Der Internationale Währungsfonds (IWF); Sonstige (SPONTAN); Keiner davon (SPONTAN); Weiß nicht / Keine Angabe.

Die Vereinigten Staaten scheinen vor allem in der Tschechischen Republik, in Spanien und in Portugal (12% in allen drei Ländern) als ein vergleichsweise effizienter Akteur zu gelten.

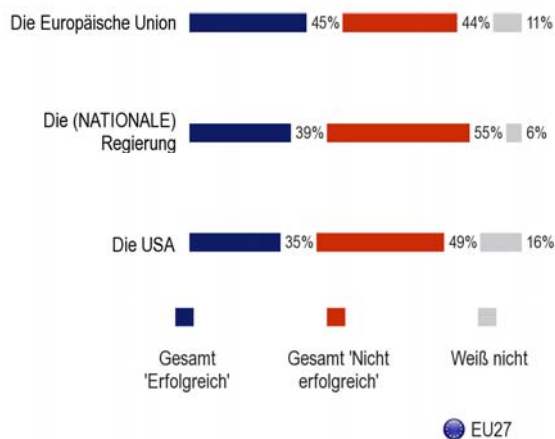
Jene Mitgliedstaaten, in denen deutlich häufiger als bisher die Antwort „**Europäische Union**“ verzeichnet wurde, sind Bulgarien (36%, +6 Prozentpunkte), Griechenland (37%, +4 Prozentpunkte) und Lettland (23%, +4 Prozentpunkte). Am deutlichsten hingegen hat dieser Anteil in Spanien abgenommen (23%, -10 Prozentpunkte).

Was die "**nationale Regierung**" angeht, so hat diese teilweise an Glaubwürdigkeit eingebüßt: So in Rumänien (29%, -13 Prozentpunkte), in Irland (13%, -11 Prozentpunkte) und in Griechenland (17%, -10 Prozentpunkte) - allesamt Länder, die erheblich unter der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise leiden.

Effizienz der wichtigsten Akteure

Jene Akteure zu ermitteln, die theoretisch am ehesten in der Lage sind, gegen die negativen Auswirkungen der Krise vorzugehen, ist eine Sache, die tatsächliche Effizienz ihrer Maßnahmen zu beurteilen jedoch eine andere.

QC11. Würden Sie sagen, dass die folgenden Akteure seit Beginn der Wirtschaftskrise bis heute erfolgreich bei deren Bekämpfung gehandelt haben oder nicht?



So sehen die EU-Bürger in der Europäischen Union jenen Akteur, der am effizientesten die Krise bekämpft hat: 45% der Europäer betrachten die Maßnahmen der **Europäischen Union** als "effizient", während 44% der gegenteiligen Meinung sind. **Die nationale Regierung** wird von der Mehrheit der Befragten (55%) als ineffizient angesehen, während 39% diese positiver beurteilen. Aber auch das Vorgehen der **Vereinigten Staaten** wird als ineffizient betrachtet (von etwas weniger als jedem zweiten Befragten, 49%), während es für mehr als ein Drittel (35%) positiv beurteilt wird.

Hierbei zeigt sich eine deutliche Abhängigkeit vom Wohnort der Befragten:

Am positivsten wird das Vorgehen der **Europäischen Union** in Bulgarien (66%), der Slowakei (64%) und in Rumänien (63%) beurteilt, während sich die Befragten in Griechenland diesbezüglich am kritischsten äußern: 71% schätzen, dass diese nicht effizient gegen die Krise vorgegangen ist.

Die nationale Regierung hat in Schweden (80%), Luxemburg (69%), den Niederlanden (66%) und in Deutschland (65%) die meisten Befürworter. Anzumerken ist, dass die Befragten in Griechenland trotz ihrer EU-kritischen Haltung auch nicht stärker hinter ihrer eigenen Regierung stehen: So beurteilen nur 16% deren Handeln als effizient, während sich 83% gegenteilig äußern. Irland verzeichnet diesbezüglich nur 9% positiver Antworten (EU-weit geringster Anteil).

In Bulgarien (55%) sowie in Italien und Litauen (jeweils 54%) wird das Vorgehen der **Vereinigten Staaten** am häufigsten als effizient beurteilt.











4. DIE BEDEUTUNG DES EURO FÜR DIE KRISE

Auch wenn eine relative Mehrheit der EU-Bürger nach wie vor der Ansicht ist, dass die Europäische Union am ehesten in der Lage ist, effizient gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen, **meint fast jeder zweite Befragte (48%, -1 Prozentpunkt gegenüber dem Frühjahr 2010), dass der Euro im Großen und Ganzen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht mildern konnte**, während 39% (+2 Prozentpunkte) das Gegenteil denken.

Dennoch vertreten wesentlich mehr Befragte in der Euro-Zone die Meinung, dass der Euro die Auswirkungen der Krise gemildert hätte (43%, +1 Prozentsatz) als außerhalb der Euro-Zone (29%, +3 Prozentpunkte) Insgesamt überwiegt dieser Standpunkt in neun Ländern der Euro-Zone und in zwei Ländern außerhalb dieser (Ungarn 48% und Malta 45%).

In 14 der 27 Mitgliedstaaten zeigt sich gegenüber der vorhergehenden Befragung diesbezüglich eine positivere Haltung. Wie aus folgender Tabelle zu entnehmen ist, ist diese Entwicklung in Polen, Dänemark, Portugal, Deutschland und Schweden am stärksten ausgeprägt. Umgekehrt ist dieser Optimismus in 12 Mitgliedstaaten seit der letzten Umfrage zurückgegangen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Frankreich, Griechenland, Slowenien und Lettland.

QC4 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abgedämpft.

	EB73 Fr. 2010	EB74 Hbt. 2010	Unt. Hbt. 2010 - Fr. 2010
 EU27	37%	39%	+2
 PL	24%	38%	+14
 DK	30%	42%	+12
 DE	34%	45%	+11
 PT	38%	49%	+11
 SE	21%	32%	+11
⋮	⋮	⋮	⋮
 LV	34%	28%	-6
 SI	46%	40%	-6
 EL	53%	46%	-7
 FR	40%	29%	-11

5. EU-MASSNAHMEN, DIE AM EFFIZIENTESTEN WÄREN

Heute sind **63% der EU-Bürger der Meinung, dass die Union über ausreichend Macht und Werkzeuge verfügt, um im internationalen Wirtschaftswettbewerb zu bestehen**⁷. Dieser Wert ist gegenüber der letzten Eurobarometer-Umfrage zu diesem Thema im Frühjahr 2010 **um 11 Prozentpunkte gestiegen**. Knapp ein Viertel der Befragten (24%, -6 Prozentpunkte) teilen diesen Standpunkt nicht.

Dieses Ergebnis ist mit demjenigen, das vor eineinhalb Jahren gemessen wurde (66% im Frühling 2009), vergleichbar.

Diese Meinung wird in allen 27 Mitgliedstaaten nach wie vor von einer Mehrheit geäußert. Darüber hinaus teilen in 23 Ländern immer mehr Befragte diese Meinung, vor allem auf Zypern (82%), in Bulgarien (78%), Lettland (74%) und Portugal (71%), die alle einen spektakulären Anstieg um 23 Prozentpunkte verzeichnen. Einen Anstieg um mehr als zehn Prozentpunkte verzeichnen Malta (67%, +22 Prozentpunkte), Deutschland (66%, +18 Prozentpunkte), Griechenland (79%, +17 Prozentpunkte), Italien (70%, +17 Prozentpunkte), Irland (65%, +17 Prozentpunkte), Rumänien (61%, +16 Prozentpunkte), Polen (72%, +13 Prozentpunkte), Litauen (71%, +13 Prozentpunkte), Slowenien (68%, +13 Prozentpunkte) und Österreich (69%, +12 Prozentpunkte).

5.1. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft

Um zu ermitteln, wie sich nach Ansicht der EU-Bürger die Leistungsfähigkeit der EU verbessern ließe, wurden ihnen elf Initiativen vorgeschlagen, von denen sie höchstens drei auswählen durften⁸.

Die dabei erzielten Ergebnisse zeigen vor allem **das Interesse der EU-Bürger an Beschäftigung und Berufsbildung sowie daran, dass die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden**.

⁷ QC10.3 Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen zur Rolle der Europäischen Union in Wirtschaftsfragen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen: Die EU hat genügend Macht und Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen Europas in der Weltwirtschaft zu verteidigen

⁸ QC5 Welche drei Initiativen könnten am meisten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen? (MAX. 3 ANTWORTEN): Die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen; Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern; In Forschung und Entwicklung investieren; Unternehmen den Zugang zu Krediten erleichtern; Die Gründung von Unternehmen erleichtern; Energie effizienter nutzen; Investitionen im Verkehrsbereich vornehmen (Autobahnen, Eisenbahnen etc.); Investitionen in umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen vornehmen; Anhebung des Rentenalters; Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung; Die Regulierung der Finanzmärkte verstärken; Andere (SPONTAN); Weiß nicht/Keine Angabe.

Die von den EU-Bürgern mit Abstand am meisten befürwortete Initiative ist die **„Verbesserung von Bildung und beruflicher Weiterbildung“**: Für knapp die Hälfte der Befragten (47%) ist diese vorrangig, gefolgt von der **„Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung“**, die von mehr als einem Drittel (35%) der Befragten angeführt wird.

An dritter Stelle steht die **„Erleichterung der Schaffung von Unternehmen“**, die von einem Drittel (33%) gewählt wird.

Hierbei zeigen sich gewisse Unterschiede zwischen den EU-Bürgern, die in der Euro-Zone leben, und den übrigen. So werden vier Initiativen von Ersteren deutlich häufiger genannt als von Zweiteren:

- **Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern:** 50% gegenüber 40%.
- **In Forschung und Entwicklung investieren:** 33% gegenüber 23%.
- **Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung:** 37% gegenüber 32%.
- **Die Regulierung der Finanzmärkte verstärken:** 25% gegenüber 20%.

Im Gegensatz dazu wird die Option **„Investitionen im Verkehrsbereich vornehmen (Autobahnen, Eisenbahnen etc.)“** außerhalb der Euro-Zone wesentlich häufiger angeführt (16%) als innerhalb der Euro-Zone (7%).

QC5 Welche drei Initiativen könnten am meisten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beitragen?			
	EU27	Eurozone	Nicht-Eurozone
Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern	47%	50%	40%
Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung	35%	37%	32%
Die Gründung von Unternehmen erleichtern	33%	34%	30%
In Forschung und Entwicklung investieren	30%	33%	23%
Die Regulierung der Finanzmärkte verstärken	24%	25%	20%
Unternehmen den Zugang zu Krediten erleichtern	21%	23%	19%
Energie effizienter nutzen	21%	20%	23%
Investitionen in umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen vornehmen	13%	14%	12%
Investitionen im Verkehrsbereich vornehmen (Autobahnen, Eisenbahnen etc.)	10%	7%	16%
Die Zahl der Arbeitsstunden erhöhen	6%	6%	7%
Anhebung des Rentenalters	4%	4%	5%

Dazu ist anzumerken, dass die **Verbesserung von Bildung und beruflicher Weiterbildung** verständlicherweise ein Thema ist, das den jüngsten Befragten ein Anliegen ist (53% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren gegenüber 45% der Befragten über 55 Jahren). Ebenso sind sich - was selten vorkommt und deshalb umso bemerkenswerter ist - Arbeitslose (48%) und leitende Angestellte (47%) einig.

Die Verringerung der öffentlichen Defizite und der Staatsverschuldung wünschen sich vor allem die Befragten der mittleren Alterskategorie (37% der Befragten zwischen 25 und 54 Jahren gegenüber 32% der Befragten zwischen 15 und 24 Jahren), jene, die eine längere Ausbildung absolviert haben (38% gegenüber 31% jener, die spätestens mit 15 Jahren ihre Ausbildung abgebrochen haben) sowie leitende Angestellte (42% gegenüber 35% der Arbeiter) und jene, die sich besonders für Politik interessieren (38% gegenüber 27% der nicht an Politik Interessierten).

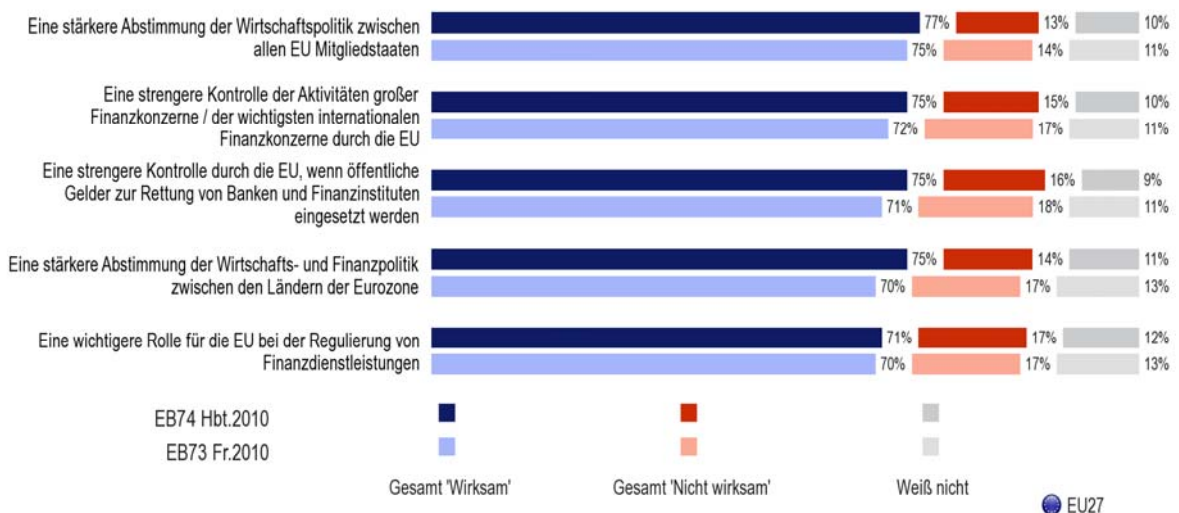
5.2. Maßnahmen gegen die Krise

Seit dem Frühjahr 2009 rufen die europäischen Institutionen zu einer verstärkten Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik innerhalb der Union, aber auch zu einer strengeren Kontrolle der Aktivitäten großer Finanzkonzerne auf.

Eine klare Mehrheit der Europäer (mindestens sieben von zehn) schätzen, dass derartige Maßnahmen wirksam für die Überwindung der Krise wären. Seit Herbst 2009 und Frühjahr 2010 sprechen sich noch mehr Befragte hierfür aus.

Wie im Frühjahr 2010 hat die Vorgabe **„Eine stärkere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen allen EU Mitgliedstaaten“** die meisten Befürworter (77%, +2 Punkte).

QC7. Innerhalb der europäischen Institutionen wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede dieser Maßnahmen, ob Sie sie für wirksam halten oder nicht.



In Bezug auf jede der zur Krisenbewältigung vorgeschlagenen Maßnahmen sind für Bürger, die in der Euro-Zone leben, die verschiedenen Vorschläge eher wirksam (ein signifikanter Unterschied von mindestens +14 Prozentpunkten) als für jene, die außerhalb dieser leben.

6. REFORM DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEMS?

6.1. Zur Krisenbewältigung und Verringerung der Staatschulden erforderliche Reformen

Als Maßnahme gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise **sind sich die EU-Bürger einig, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den 27 Mitgliedstaaten erforderlich ist**⁹. 89% (+3 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2010) wählen diese Antwort. Nur 7% sind gegenteiliger Meinung (-1 Prozentpunkt).

Anzumerken ist hierbei, dass der Gedanke einer verstärkten Zusammenarbeit von den Bewohnern der Euro-Zone noch stärker befürwortet wird (91% gegenüber 85% derjenigen, die außerhalb der Euro-Zone leben).

Unter den Befragten, die diesbezüglich noch überzeugter sind als vor sechs Monaten, sind hauptsächlich Befragte aus Italien (89%, +9 Prozentpunkte), Irland (88%, +8 Prozentpunkte) sowie Frankreich (92%, +7 Prozentpunkte) und Portugal (84%, +7 Prozentpunkte).

Während sich die EU-Bürger in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen den 27 Mitgliedstaaten einig sind, sind sie in Bezug auf **die Bereitschaft, den jetzigen Lebensstandard zu senken, um den Lebensstandard nachfolgender Generationen zu sichern**, zurückhaltender¹⁰. Die Hälfte (50%, +4 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2010) ist mit diesem Vorschlag einverstanden, 44% (-2 Prozentpunkte) jedoch sprechen sich dagegen aus.

53% der Befragten innerhalb der Euro-Zone würden ihren Lebensstandard senken und 46% der Befragten außerhalb der Euro-Zone.

Am stärksten sprechen sich die Befragten in Italien für diese Solidarität zwischen den Generationen aus (68%), aber auch weiter im Norden Europas gibt es zahlreiche Verfechter dieser Idee: In Schweden (66%), Dänemark und in den Niederlanden (65% in beiden Ländern) sowie in Luxemburg (62%).

Darüber hinaus hat diese Idee in folgenden Mitgliedstaaten am meisten Unterstützung dazu gewonnen: Portugal (50%, +21 Prozentpunkte), Italien (68%, +18 Prozentpunkte) und Zypern (55%, +16 Prozentpunkte).

⁹ QC6.3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten.

¹⁰ QC6.4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Sie wären bereit, Ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um den Lebensstandard nachfolgender Generationen zu sichern.

Die Solidarität zwischen den Generationen ist trotz der Einschränkungen, die diese Maßnahme für die gegenwärtigen Generationen mit sich bringen würde, bei den wohlhabendsten sozio-ökonomischen Kategorien am stärksten. So erklären sich 63% der leitenden Angestellten (gegenüber 42% der Arbeitslosen) mit diesem Vorschlag einverstanden. Dies trifft auch auf 54% der Befragten zu, die praktisch nie Schwierigkeiten haben, ihre Rechnung zu bezahlen (gegenüber 38% derjenigen, die ständig Schwierigkeiten haben).

Die Idee, bereits heute Reformen zugunsten künftiger Generationen durchzuführen¹¹, die den Europäern bereits im Herbst 2009 und im Frühjahr 2010 vorgelegt wurde, wird immer noch von vielen unterstützt. Die Gruppe der Befürworter dieser Idee ist sogar um sechs Prozentpunkte angewachsen: So sprechen sich heute 77% dafür aus. Weniger als einer von fünf Befragten (17%, -3 Prozentpunkte) spricht sich dagegen aus. Hierbei ist anzumerken, dass diese Meinung in den Ländern der EU15 etwas stärker vertreten wird (79%) als in den NMS12 (74%). Die nördlichen Länder sind diesbezüglich federführend: Dänemark (94%), Schweden (93%) und Finnland (91%).

Die Mitgliedstaaten, in denen die Anzahl der Befürworter am deutlichsten zugenommen hat, sind jene, die derzeit am stärksten von der aktuellen Krise betroffen sind: Portugal (82%, +19 Prozentpunkte), Bulgarien (80%, +19 Prozentpunkte), aber auch Zypern (90%, +15 Prozentpunkte), Griechenland (81%, +13 Prozentpunkte), Rumänien (75%, +13 Prozentpunkte) und Irland (84%, +12 Prozentpunkte).

Die klar überwiegende Mehrheit der Europäer (87%, +13 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2010) betrachten es als notwendig, dass in ihrem Land Reformen durchgeführt werden, um für die Zukunft gerüstet zu sein¹². Der Anteil der Befragten, die sich gegen solche Reformen aussprechen, hat um acht Prozentpunkte abgenommen und liegt nun nur mehr bei 9%.

Die Länder, die innerhalb der letzten sechs Monate seit dem Frühjahr 2010 den spektakulärsten Zuwachs an Befürwortern von Reformen verzeichnen, sind **Litauen (88%, +26 Prozentpunkte), Frankreich (82%, +26 Prozentpunkte)**, sowie **Griechenland und Schweden (93%, +23 Prozentpunkte in beiden Ländern).**

¹¹ QC6.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Wir müssen Reformen durchführen, um die künftigen Generationen zu begünstigen, selbst wenn dies derzeit mit einigen Opfern verbunden ist.

¹² QC6.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Es ist möglich, dass die Bevölkerung in einer Zeit der heftigen und anhaltenden Krise weniger für Reformen offen sind als in einer günstigeren Zeit. So schien es interessant, die Meinung der Europäer zu testen, indem die gesamte Stichprobe in zwei Teile geteilt und anhand von zwei unterschiedlichen Formulierungen befragt wurde¹³:

- **Die eine Frage war positiv formuliert (SPLIT A - "Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub").**
- **Die andere negativ (SPLIT B - "Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang.)"**

Mehr als drei von vier Europäern (78%) stimmen der Aussage zu, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land derzeit keinen Aufschub dulden. Das sind vier Prozentpunkte mehr als vor sechs Monaten. 13% (-2 Prozentpunkte) äußern sich gegenteilig.

Formuliert man die Frage umgekehrt, sind etwas mehr als ein Drittel (36%) der Befragten der Meinung, dass die zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land erforderlichen Maßnahmen derzeit keinen Vorrang haben. Jene, die dieser Aussage nicht zustimmen und somit meinen, diese Maßnahmen sollten in ihrem Land Vorrang haben, sind hingegen in der Mehrzahl (53%, wie im Frühjahr 2010). Dies bestätigt in gewissem Maß die Ergebnisse des SPLIT A. Dennoch wird deutlich, dass **die Intensität der Aussagen stark von der Formulierung der Botschaft abhängt.**

SPLIT A:

Hierbei lässt sich beobachten, dass innerhalb der Euro-Zone mehr Befragte der Aussage zustimmen, dass Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in ihrem Land derzeit keinen Aufschub dulden, als in den übrigen Ländern (81% gegenüber 75%).

SPLIT B:

Zwischen den Befragten innerhalb der Euro-Zone und jenen außerhalb dieser, die diese Aussage mit „stimme nicht zu“ bewerten (und somit meinen, dass es sich um eine Priorität handelt), liegt ein Unterschied von 8 Prozentpunkten (55% gegenüber 47%).

¹³ QC6.5 (SPLIT A) Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) dulden keinen Aufschub.








QC6.6 (SPLIT B) Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSER LAND) haben derzeit keinen Vorrang.

QC6 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Nennung: Gesamt 'Stimme zu' - % EU

	EB73 Fr. 2010	EB74 Hbt. 2010	Unt. Hbt. 2010 - Fr. 2010
(UNSER LAND) braucht Reformen, um für die Zukunft gerüstet zu sein	74%	87%	+13
Wir müssen Reformen durchführen, um die künftigen Generationen zu begünstigen, selbst wenn dies derzeit mit einigen Opfern verbunden ist	71%	77%	+6
Sie wären bereit, Ihren jetzigen Lebensstandard zu senken, um den Lebensstandard nachfolgender Generationen zu sichern	46%	50%	+4
(SPLIT A) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) dulden keinen Aufschub	74%	78%	+4
Die EU-Mitgliedstaaten sollten bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zusammenarbeiten	86%	89%	+3
(SPLIT B) Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Verschuldung in (UNSEREM LAND) haben derzeit keinen Vorrang	35%	36%	+1
Die Wirtschaftskrise bedeutet, dass wir zur Schaffung von Arbeitsplätzen das öffentliche Defizit erhöhen sollten	46%	42%	-4

QC6.7 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Wirtschaftskrise bedeutet, dass wir zur Schaffung von Arbeitsplätzen das öffentliche Defizit erhöhen sollten

Gesamt 'Stimme zu'			
	EB73 Fr. 2010	EB74 Hbt. 2010	Unt. Hbt. 2010 - Fr. 2010
 EU27	46%	42%	-4
EuroZone	41%	38%	-3
Nicht-EuroZone	55%	49%	-6
 BG	33%	42%	+9
 IT	39%	48%	+9
 LV	35%	43%	+8
⋮	⋮	⋮	⋮
 FI	65%	50%	-15
 LU	59%	42%	-17
 SE	66%	41%	-25

Parallel zu dieser Positionierung zugunsten der Verringerung des öffentlichen Defizits gehen mehr als vier von zehn Europäern (42%, -4 Prozentpunkte gegenüber dem Frühjahr 2010) davon aus, dass zur Schaffung von Arbeitsplätzen das öffentliche Defizit erhöht werden sollte, während ebenso viele (42%, +6 Prozentpunkte) gegenteiliger Meinung sind. Zu erwähnen ist, dass der Anteil der „Weiß nicht“-Antworten bei dieser Frage weiterhin hoch ist (16%, -2 Prozentpunkte), was darauf hindeutet, dass manche Schwierigkeiten haben, das Problem in all seinen Facetten zu begreifen.

Die Bewohner der Eurozone und jene außerhalb dieser sind

regelrecht zwiegespalten: So äußern sich Erstere wesentlich negativer als Zweitere (38% gegenüber 49%), wenn es um die Erhöhung des öffentlichen Defizits zur Schaffung von Arbeitsplätzen geht.

6.2. Welche Maßnahmen sind zur Reformierung des Wirtschafts- und Finanzsystems erforderlich?

Die Befragten wurden gebeten, sechs Maßnahmen zu bewerten, die die EU zur Reformierung der weltweiten Finanzmärkte setzen sollte. Eine klare Mehrheit spricht sich für diese Maßnahmen aus, auch wenn die Intensität der Antworten teilweise von Land zu Land sehr unterschiedlich ist.

QC8. Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.



EU27

Es sind vor allem recht deutliche Unterschiede zwischen den Europäern erkennbar, die innerhalb der Euro-Zone leben und jenen, die außerhalb dieser leben. So befürworteten Erstere jeden der sechs Vorschläge wesentlich stärker als Letztere (je nach Vorschlag zwischen 5 und 18 Punkte Abstand).

Die unten stehende Tabelle zeigt die Länder, in denen am meisten und am wenigsten Bürger die sechs vorgeschlagenen Maßnahmen befürworten:

QC8 Bitte sagen Sie mir in Bezug auf die Reform der weltweiten Finanzmärkte, ob Sie dafür oder dagegen sind, dass die EU die folgenden Maßnahmen ergreift.
Stärkste und niedrigste Antworten für gesamt 'Dafür'

Schärfere Regeln gegen Steuerumgehung und Steueroasen	Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte	Einführung einer Steuer auf die Gewinne, die von Banken erzielt werden	Regulierung der Gehälter im Finanzsektor (d.h. Bonuszahlungen an Händler)	Stärkere Überwachung sogenannter "Hedgefonds"	Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen
EU27 88%	EU27 87%	EU27 81%	EU27 80%	EU27 73%	EU27 61%
EuroZone 90%	EuroZone 90%	EuroZone 82%	EuroZone 83%	EuroZone 78%	EuroZone 67%
Nicht-EuroZone 84%	Nicht-EuroZone 82%	Nicht-EuroZone 77%	Nicht-EuroZone 74%	Nicht-EuroZone 62%	Nicht-EuroZone 49%
SK 95%	DE 93%	EL 93%	HU 87%	CY 91%	AT 75%
SE 94%	BE 92%	IE 92%	AT 87%	EL 90%	DE 74%
EL 93%	EL 92%	SK 87%	DE 86%	HU 90%	PT 74%
NL 93%	CY 92%	:	IE 86%	:	:
:	HU 92%	:	SI 86%	:	:
:	NL 92%	:	SK 86%	:	:
:	:	:	:	:	EE 43%
MT 74%	SE 80%	ES 72%	RO 64%	BG 47%	UK 43%
LU 73%	MT 73%	PL 71%	DK 62%	MT 47%	NL 36%
LV 69%	RO 70%	MT 51%	MT 47%	PL 45%	MT 30%

Ebenso wie bei den Fragen zur Priorität der erforderlichen Maßnahmen zur Verringerung des öffentlichen Defizits und der Staatsverschuldung (QC6.5 und QC6.6) wurde hierbei die Technik des 'Split ballot' verwendet¹⁴. Ziel dieser Vorgehensweise war es, zu ermitteln, ob die Europäische Union nach Ansicht der Befragten bei der Entwicklung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte eine wichtigere Rolle übernehmen sollte (**SPLIT A**) oder ob sie umgekehrt weniger stark an der Entwicklung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte beteiligt sein sollte (**SPLIT B**). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die erste Frage (SPLIT A) bereits im Zuge der Eurobarometer-Befragung 71.1 im Frühjahr 2009 gestellt wurde.

Eine überwältigende Mehrheit (82%) der Befragten spricht sich für eine stärkere Intervention durch die Europäischen Union aus. Es wird sogar eine Zunahme um vier Prozentpunkte seit der Befragung im Frühjahr 2009 (EB71.1) verzeichnet. Weniger als einer von zehn Befragten ist gegenteiliger Meinung (9%).

Kehrt man hingegen die Formulierung um (SPLIT B), gehen die Meinungen zwar in dieselbe Richtung, jedoch mit wesentlich weniger Überzeugung: Die absolute Mehrheit, jedoch nur knapp (52%), erklärt sich nicht einverstanden mit einer größeren Zurückhaltung der Europäischen Union. Ein Drittel (33%) äußert sich gegenteilig.

SPLIT A:

Nennenswert ist hierbei ein klarer Unterschied von 10 Punkten zwischen den Befragten innerhalb der Euro-Zone und außerhalb dieser: 86% der Ersteren glauben, dass die Union eine stärkere Rolle spielen sollte (gegenüber 76% bei Letzteren).

Die Mitgliedstaaten, in denen dieser Standpunkt die meisten Befürworter dazugewonnen hat, sind Irland und Lettland (81%, +15 Prozentpunkte in beiden Ländern) sowie Portugal (82%, +14 Punkte), während der Befragtenanteil seit dem Frühjahr 2009 in nur fünf von 27 Ländern zurückgegangen ist: Griechenland (83%, -10 Prozentpunkte), Großbritannien (65%, -3 Prozentpunkte), Slowenien (86%, -2 Prozentpunkte), den Niederlanden (85%, -1 Prozentpunkt) und Malta (75%, -1 Prozentpunkt).

¹⁴ QC10.1 (SPLIT A) Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen zur Rolle der Europäischen Union in Wirtschaftsfragen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen?: Die Europäische Union sollte bei der Entwicklung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte eine wichtigere Rolle übernehmen.

QC10.2 (SPLIT B) Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen zur Rolle der Europäischen Union in Wirtschaftsfragen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen?: Die Europäische Union sollte weniger stark an der Entwicklung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte beteiligt sein.

6.3. Der geeignetste Akteur für die Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems

In Bezug auf die Reform des weltweiten Finanzmarktes vertrauen die EU-Bürger – was nicht verwundert – am ehesten den drei supranationalen Institutionen (**Internationaler Währungsfonds, Europäische Union** und **G20**). In die zwei nationalen Institutionen (die nationale Regierung und die Vereinigten Staaten) hingegen setzen die EU-Bürger weitaus weniger Hoffnungen.

QC9. Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um den globalen Finanzmarkt zu regulieren und zu reformieren?



Interessant ist der Vergleich dieser Ergebnisse mit jenen der Frage, welcher Akteur am ehesten in der Lage ist, wirksam gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen¹⁵. Damals nämlich schien der IWF nur an vierter Stelle auf, hinter der Europäischen Union, die an erster Stelle rangierte, der nationalen Regierung und der G20.

Anders gesagt, scheint der IWF vor allem als (bereichsbezogener) Regulator betrachtet zu werden und nicht so sehr als ein politischer Akteur.

Auffällig ist, dass die Befragten in der Euro-Zone wesentlich häufiger den IWF erwähnen als die EU-Bürger, die außerhalb der Euro-Zone leben (28% gegenüber 21%). Umgekehrt setzen diese weniger Hoffnungen in ihre nationalen Regierungen (7% gegenüber 12%).

Besonders zahlreich nennen die Befragten der nördlichen Mitgliedsländer den **Internationalen Währungsfonds**: in Finnland (55%), Dänemark (39%) und Schweden (36%).

Als Regulator wird die Europäische Union vor allem in den beiden Krisenländern Griechenland (33%) und Irland (32%) für geeignet gehalten.

Am zahlreichsten wird die **G20** in den Niederlanden (36%), der Tschechischen Republik, (32%), in Schweden (31%) und in Ungarn erwähnt (29%).

¹⁵ Siehe Teil 1.3

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 11. November und 1. Dezember 2010, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 74.2 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 74 ist Teil der Umfragewelle 74.2 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 74 wurde außerdem in den vier Bewerberländern (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Island) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.003	11/11/2010	01/12/2010	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	12/11/2010	22/11/2010	6.584.957
CZ	Tschech. Rep.	TNS Aisa	1.024	12/11/2010	25/11/2010	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.049	11/11/2010	27/11/2010	4.533.420
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.609	12/11/2010	28/11/2010	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.000	12/11/2010	29/11/2010	916.000
IE	Irland	Ipsos MRBI	1.007	11/11/2010	25/11/2010	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	11/11/2010	25/11/2010	8.693.566
ES	Spanien	TNS	1.001	15/11/2010	28/11/2010	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.036	12/11/2010	29/11/2010	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.019	12/11/2010	24/11/2010	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	504	11/11/2010	28/11/2010	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.003	12/11/2010	28/11/2010	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.005	12/11/2010	28/11/2010	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	513	11/11/2010	27/11/2010	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.031	12/11/2010	28/11/2010	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	12/11/2010	27/11/2010	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.040	12/11/2010	27/11/2010	13.288.200
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.000	11/11/2010	28/11/2010	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	12/11/2010	28/11/2010	32.306.436
PT	Portugal	TNS	1.018	19/11/2010	29/11/2010	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.001	12/11/2010	25/11/2010	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.004	11/11/2010	28/11/2010	1.748.308
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.031	12/11/2010	28/11/2010	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.005	11/11/2010	29/11/2010	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.020	12/11/2010	30/11/2010	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.300	12/11/2010	30/11/2010	51.081.866
GESAMT EU27			26.723	11/11/2010	01/12/2010	406.834.359
IS	Island	Capacent	501	12/11/2010	29/11/2010	252.277
CY(tcc)	Türkisch- zyprische Gem.	Kadem	500	12/11/2010	28/11/2010	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	12/11/2010	28/11/2010	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	11/11/2010	29/11/2010	52.728.513
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS Brima	1.056	13/11/2010	21/11/2010	1.678.404
GESAMT			30.780	11/11/2010	01/12/2010	465.386.179

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte